

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bezugsbestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang  
Dresden, Freitag den 23. Mai 1930  
Nummer 119

## Der erste Wahlbluff steigt!

### Sächsischer Gewerkschaftsbürokratie, Bürgerblockminister und der Unternehmer-Industrie wollen den sächsischen Arbeitern „helfen“ — Ihre „Hilfe“ ein Wahlbetrug — Nur Klassenkampf bringt Arbeit und Brot!

Dresden, den 23. Mai.  
Am Mittwoch ist eine sächsische Wahlordnung unter Führung des Bürgerblockministers Richter, des Sächsischen Gewerkschaftsbürokraten und des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und Gewerkschaftsführers Wundt vom SPD-Bund nach Berlin gefahren, um beim Reichsarbeitsminister Stegerwald Reichsmassnahmen gegen die außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit in Sachsen zu erwirken. Gefordert wurden angeblich Reichsmittel aus der wertlosen Arbeitslosenversicherung zum Bau von Industrie- und Wandarbeiterwohnungen und Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf das Bauergewerbe.

Wahrhaftig, die schon im letzten festigen Koalition von Richter bis Wundt, von der Volkspartei bis zur „linken“ SPD besteht den Wählern. Ausgerechnet der Sächsischen Gewerkschaftsbürokraten, dessen Metallindustrie zu einer umwälzenden Lohnabbauoffensive vorzögen, fast die wachsende Not und Arbeitslosigkeit in Sachsen angehen. Ausgerechnet der sozialdemokratische Führer Wundt, dessen Minister und Reichstagsabgeordneter voriges Jahr den Bauarbeitern die Unterstützung raubten, verlangt wieder Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf die Bauarbeiter!

Was denn verlangen sie es? Vom Brüning-Kabinett, das schon daran ist, den Hungerlohn der Arbeiter noch höher zu hängen, aber die Beihilfen zu senken. Von diesem Diktaturkabinett der kapitalistischen Scharfmacher soll den arbeitenden Massen in Sachsen Hilfe kommen. Selbst die bürgerliche Presse glaubt nicht an diesen Schwindel. Herr

Stegerwald hat bei sächsischer Wahlordnung erklärt, daß er doch „Verständnis für die außerordentlich schwierige Lage des Reiches und der Reichsanwaltschaft“ haben möge und daß er im übrigen hoffen soll, daß das Reich gelegentlich einmal besondere Mittel freimachen werde.

In einem solchen Wahlbetrug gibt sich ein SPD- und Gewerkschaftsführer her. Zur Niedermierung der Lohnabbauoffensive der sächsischen Metallindustrie hat die Volkspartei bis heute nicht einmal Gegenforderungen aufgestellt, geschweige etwas zur Organisierung des Kampfes getan. Sie überläßt die Metallarbeiter dem Schicksal und dem Ausbeutern, isoliert den Bauarbeiter dem Schicksal und dem parlamentarischen Kampf mobilisiert. Entlassungen im sächsischen Bergbau, bei den Eisenbahnen und Straßenbahnern, Lohnabbau in der sächsischen Textilindustrie stehen bevor.

Die Gewerkschaftsführer fahren nach Berlin und suchen den Arbeitern vorzutäuschen, als ob die Regierung der Wobbeiter den Arbeitern helfe. Ein durchsichtiger Wahlbetrug!

Aber noch mehr. In dieser sächsischen Wahlordnung manifestiert sich bereits die kommende Große Koalition nach den Wahlen. In den Bedingungen dieser Koalition geht es, daß die SPD-Führer die Schlappe der proletarischen Klassenfront lächeln, die kapitalistische Wirtschaft vor revolutionären Erschütterungen bewahren. Die Arbeiter und auch die sozialdemokratischen Arbeiter werden mit uns der Meinung sein, daß bei Anwendung solcher reformistischer Kampfmittel der Hunger kommen könnte, daß sie von einem Wahlbetrug nicht los werden, daß es der außerparlamentarischen Offenheit des Proletariats unter Führung der Opposition und der KPD bedarf, um Brot und Arbeit zu erkämpfen.

## Polizeikämpfe mit Handgranaten

### Dresdner „Volkszeitung“ als Regierungsorgan der kommenden Großen Koalition

Dresden, den 23. Mai.  
Die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ entscheidet sich, das Maß ihrer der Reichs- und Regierungswerten Tempo zum fünftägigen Koalitions- und Regierungsorgan. Vor wenigen Tagen hat sie den Vorständen des sächsischen Industriellenverbandes, Witzke, zur Mitarbeit herangezogen, um ihn über „Unternehmernot und Arbeiternot“ berichten zu lassen. In ihrer gestrigen Ausgabe teilt sie ohne ein Wort der Kritik des Proletariats ihren Lesern mit, daß vom Freitag bis Sonntag im Rahmen der Internationalen Spielenstellung Polizeivorfälle stattfinden; darunter am Samstag von 18 bis 20 Uhr auf der Jagdplatzbahn „Freiübungen durch 200 Beamte der Bereitschaftspolizei, Stabs- und Alarmhelfer von uniformierten Beamten, ferner die Durchführung einer Aufnahme von Breckern nach vorausgegangenem Handgranatenkampf.“

Doch es sich bei diesem „sportlichen Training“, bei diesem Kasernenheideckel und dieser Aufschmähung der unteren Beamten durch Kühn und seine Offiziere um nackte Bürgerkriegsübungen gegen freitende oder demonstrierende Arbeiter handelt, braucht man wohl nicht mehr zu betonen. Wogegen davon, daß diese Polizeivorfälle mit Handgranaten vorzüglich in den Rahmen des bürgerlichen Hochverrats hineingepaßt, zeigt die kritische Berichterstattung in der sozialdemokratischen Volkszeitung, wie sehr sich dieses Blatt schon vor den Wahlen zum Regierungsorgan des sächsischen Terrors entwickelt und wie glänzend sie der sächsischen Vorherrschaft in Sachsen (gegen die sie ihren Wahlauftritt richtet), den Weg bereitet.

## SPD bewilligt 15 Millionen für Polizei

Berlin, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung.)  
Gestern hat eine Besprechung zwischen Vertretern des Magistrats und dem preussischen Finanzminister stattgefunden, in der sich die Magistratsvertreter bereit erklärten, die Polizeibehördenbeiträge für 1930 von 15 Millionen Mark in den nächsten Tagen an die preussische Regierung abzuführen.

Der sozialdemokratisch geführte Berliner Magistrat

bewilligt der sozialdemokratischen preussischen Koalitionsregierung 15 Millionen Mark für die Polizei in einer Zeit, in der die Wahlen hängen, das Herz der Arbeiter in unerschütterlicher Höhe bleibt, damit die Polizei in ganz Preußen neue Panzerwagen anschaffen kann, Gummiknüppel, Reiter und Karabiner, mit denen die Arbeiter, die gegen dieses Schandverbrechen demonstrieren, zusammengeschossen werden. Die 15 Millionen sind nur eine kleine Anzahlung auf das Konto der preussischen Bürgerkriegsarmee. Die Schutzpolizei wird deshalb um keinen Pfennig besser bezahlt, um kein Haar besser untergebracht werden, höchstens die Herren Offiziere.

## Geldad Demokratie statt Sozialismus

### Der Wahlauftritt der „linken“ SPD

Dresden, den 23. Mai.  
Der Wahlauftritt der SPD Ostschlesiens heraus. Da heißt es: „Für Demokratie und sozialen Fortschritt! Gegen die nationalsozialistische Vorherrschaft in Sachsen! Das sind unsere Wahlparole.“

Wird kein Wort mehr wie im vorigen Jahre von der „Erfämpfung eines roten, sozialistischen Sachsen“, kein Wort gegen die Fortführung einer verkehrten Koalitionspolitik, wie sie im Reich und in Preußen getrieben wurde und wird. Kein Wort gegen die Volkspartei, gegen die Demokraten, Staat dessen: „Es ist Not an Mann, verhindert ein Nazi-Sachsen!“ Mit dieser Polung soll den SPD-Arbeitern verständlich gemacht werden, daß die Große Koalition der einzige Weg ist, um den Bürgerblock und Goldbarbus zu verhindern. Die SPD, die im Reich den Bürgerblock führt, in Thüringen einen Krieg zum Minister heranzieht, im Regierungsbündnis mit dieser Partei der kapitalistischen Scharfmacher so jenseit soll ein Nazi-Sachsen verhindert werden.

Die Arbeiter werden sich hüten, dieser kommen in sozialdemokratischen Koalitionspartei noch einmal die Vertrauen zu schenken. Sie werden in gemeinsamer Front ein „Sachsen zu verhindern“ wissen, aber unter dem Banner der SPD. Die Abwehr des provokatorischen Aufmarsches der Nazi am 31. Mai in Plauen wird das „ampfbündnis des sächsischen Proletariats gegen die sächsischen Arbeitermörder und die Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gegen den Sozialfaschismus demonstrieren.“

## Es ist die höchste Zeit,

daß alle Vorbereitungen getroffen werden, die am Sonntag stattfindenden Konferenzen der werktätigen Frauen zu einem vollen Erfolg zu gestalten. Wählt Delegierte, wo es noch nicht geschehen ist. Forder eure Klassen-schwester auf, als Gäste zu erscheinen.

## Deutsche Volkspartei?

Diese Partei der politischen Drehscheibe, die vor dem Kriege monarchisch bis auf die Knochen war und nach der Revolution sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellte?

Diese Partei, deren Führer Stresemann wiederholt das hohe Lied der Hohenzollern sang und gleichzeitig die republikanische Verfassung beschwor?

Diese Partei, die anfänglich gegen Versailles und Erfüllungspolitik kämpfte und beides später anerkannte; die die Republik als die Staatsform bezeichnete, die Deutschland zusammenhalte und gleichzeitig die republikanischen Deutschnationalen unter allen Umständen wieder an die Staatsmaschine bringen wollte? Diese Partei, die heute wieder, nachdem die Sozialdemokratie die Suppe versalzen hat, für die „liberale Mitte“ eintritt, wiewohl sie gestern den Bürgerblock mit allen Mitteln durchzusetzen wollte?

Diese Partei der ewigen Krisen und politischen Unberechenbarkeit?

Diese Partei, die vorgibt, sozial zu sein und gegen die Anträge der Sozialdemokraten auf Verdoppelung der Erwerbslosen-, Unfall- und Invaliden- sowie Kriegsoffer- und Hinterbliebenen-Renten stimmte, die die Erhöhung der Wochengelder und Stillgelder verneinte, die öffentlich ihr Mitgefühl für die Opfer des Krieges und für die Erwerbslosen bekundete und in nichtöffentlicher Sitzung für den Abbau der — Besitzsteuer stimmte?

Keine Stimme dieser politischen Drehscheibe, die allen helfen will und nur dem Großkapital dient!

Fleißner — Toni Sender — Schmidt — Krätzig

Anm. der Red.: Dieser Wahlauftritt der „linken“ sächsischen Sozialdemokratie erschien zur Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 unter dem Titel: „Fort mit den Volksschändern!“ Obwohl die Volkspartei, „die nur dem Großkapital dient“ und „Schänder des Volkes“ ist, sich seit 1924 noch mehr nach rechts entwickelt hat, im Reich den Bürgerblock führt, in Thüringen Nazi-Frick zur Regierung herangezogen hat, ist es das diesmalige Ziel der „linken“ sozialdemokratischen Wahlkampfs, nach erfolgter Wahl mit der Volkspartei die Große Koalition aufzurichten. Kein ehrlicher SPD-Arbeiter kann eine solche Politik der „Volksschändung“ mitmachen. Er gehört in die kommunistische Front!

## Bolschewistischer Wahlkampf

Dresden, den 23. Mai.  
Wie wir uns als Kommunisten in unserem Endziel grundsätzlich von allen politischen Richtungen und Parteien unterscheiden, so auch in unserer Taktik bei Durchführung eines Wahlkampfes. Alle anderen Parteien ohne Ausnahme sind für die auf dem Boden des kapitalistischen Privateigentums stehende heutige gesellschaftliche und staatliche Ordnung, gegen den revolutionären Umsturz. Wir sind für den Umsturz, für den Sozialismus, gegen den bürgerlichen Staat und gegen die kapitalistische Wirtschaft. Diese gegensätzliche, polare Einstellung zwischen ihnen und uns zur Frage des Staates, des gewaltsamen Umsturzes aller unter dem Kapitalismus bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt auch ihre und unsere Einstellung zum gegenwärtigen Wahlkampf.

Die Sozialdemokratie einschließlich der „linken“ ist Feindin des revolutionären Umsturzes und der proletarischen Diktatur. Sie will angeblich Politik und Wirtschaft auf friedlichem Wege „demokratisieren“. Sie will diese Ordnung nicht zerstören, sondern „reformieren“. Als Mittel ihrer „Macht“ dienen ihr angeblich Mandate, Parlamentspositionen, Regierungskämmer, Ministerposten usw. Darauf ist ihr Wahlkampf abgestellt. Dafür sollen die sozialdemokratischen Arbeiter Wahlarbeit, Aufklärung und Schleppeibehufe leisten. Hat diese ihre Theorie der „Demokratisierung“, des „Kampfes um die Macht“ mittels Mandaten und Ministerposten nichts mehr mit Marxismus zu tun, so beweist ihre politische Praxis, daß sie ihre „parlamentarischen Mandatspositionen“ als grimmige und blutige Waffe gegen die Revolution verwendet. („Arbeiter-